

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

40 (16.2.1934) Zweites Blatt

Die Lage in Oesterreich

2000 Gefangene in Wien

Wien, 15. Febr. Nach den neuesten Meldungen haben die Kriegertruppen allein in Wien 2000 Personen festgenommen. Wie inzwischen festgestellt wurde, hatten die Krieger einen Gasangriff mit Chlorgas geplant. Unter den Toten befinden sich zahlreiche Frauen. Es soll sich dabei nicht nur um unschuldige Opfer handeln, sondern es soll auch vorgekommen sein, daß sich Frauen aktiv an den Kämpfen beteiligt haben.

Der Wiener Industriellenverband hat bekanntgegeben, daß an Mittwoch in allen Betrieben, soweit sie nicht in den umlängsten Gebieten liegen, die Arbeit bereits wieder aufgenommen worden sei. Die Generalstreikparole habe keinen Widerhall gefunden. — In Niederösterreich sind die Mandate von 4121 Sozialdemokratischen Gemeindevorstellern erloschen, rund 150 Gemeindevorstellungen sind aufgelöst worden.

Zweite standrechtliche Hinrichtung in Wien

Wien, 15. Febr. Der wegen des Verbrechens des Aufzuges standrechtlich zum Tode verurteilte Kommandant der Floridsdorfer Hauptfeuerwache, Ingenieur Weigel, ist um 0.42 Uhr früh hingerichtet worden.

Das dritte Todesurteil vom Wiener Standgericht gefällt

Wien, 15. Febr. Das Standgericht hat am Donnerstag das dritte Todesurteil gefällt und zwar gegen den Schußbündler Kalab. Die Vollstreckung fand nach Ablauf der gesetzlichen dreißigtägigen Frist um 2 Uhr durch Erhängen statt. Im Laufe des Tages fanden weitere 50 Fälle vor dem Standgericht zur Verhandlung.

Verstärkungen der Schußbündler?

Paris, 15. Febr. Die Agentur Sub-Est berichtet aus Wien, daß es 2000 Schußbündlern gelungen sei, sich auf dem Vauxberg südlich von Wien zu sammeln. Sie schienen reichlich über Waffen und Munition zu verfügen. Nach der gleichen Quelle sollen die Sozialdemokraten zahlreiche Flugblätter zur Verteilung gebracht haben, in denen zum Widerstand bis zum äußersten aufgefordert und angekündigt werde, daß demnächst 40 000 Schußbündler in Wien eintreffen würden, um die belagerten Punkte zu verstärken und um zu versuchen, gegen die Regierungstruppen die Offensive zu ergreifen.

Rein Eingreifen Italiens

Paris, 15. Febr. Hadas berichtet aus Rom: Entgegen gewissen ausländischen Nachrichten, wonach die italienische Regierung bei den Regierungen in London und Paris wegen eines militärischen Eingreifens zugunsten der österreichischen Regierung angefragt habe, scheint es, daß Italien weder mit Gewalt noch anversome in die österreichischen Ereignisse einzugreifen gedenke, die ausschließlich in den Bereich der Innenpolitik gehören.

Keine reichsdeutschen Zeitungen in Wien

Wien, 15. Febr. Die noch zum Straßenverkauf zugelassenen reichsdeutschen Blätter, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die „Kreuzzeitung“ und die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ waren trotz des größeren Vorrates, mit dem sich die Straßenhändler versorgt hatten, in kürzester Frist fast vergriffen, als sie in den Vormittagsstunden zu den Zeitungsständen gebracht worden waren. Bald darauf erfolgte die polizeiliche Beschlagnahme der drei genannten Blätter. Auch das „Frager Tagblatt“, das eine sehr starke Auflage in Oesterreich absetzt, ist dieser Beschlagnahme verfallen. In den Abendstunden wurde vom Wiener Sicherheitsdirektor sämtlichen im Deutschen Reich und in der Tschechoslowakei erscheinenden Zeitungen auf die Dauer von fünf Tagen die Zulassung für den Straßenhandel allgemein entzogen. Die Sonderberichterstattung des Scherlverlages in Wien, Hans Zell und Dr. Krünes, wurden von der Polizei in ihrem Hotel abgeholt und zum Kommissariat gebracht, wo sie nach Aufnahme eines kurzen Protokolls vorläufig in Haft genommen wurden.

Wien am Donnerstag

Ein amtlicher Bericht über die Lage

Wien, 15. Febr. Von amtlicher Seite wird der Lagebericht für den Donnerstag vorläufig zunächst dahin zusammengefaßt, daß die Truppen jetzt nicht mehr in direkte Kämpfe verwickelt und Sturmangriffe nicht mehr notwendig sind und daß das Vorgehen der Truppen immer mehr den Charakter einer Säuberungsumsäuberung annimmt.

In Floridsdorf werden die von den Schußbündlern bisher besetzten Polizeiwachposten einzeln planmäßig gesäubert, ohne daß die Truppen auf ernstlichen Widerstand stoßen. Im Floridsdorfer Abschnitt wird überall ein Zurückweichen der Schußbündler festgestellt. Die Säuberung wird jetzt über Kagran und Besseke hinaus ausgedehnt. In den Gemeindevorstellungen dieses Abschnittes sind viele tausend Schuß Maschinengewehr- und Gewehrmunition und eine ganze Anzahl von Maschinengewehren gefunden worden.

In Favoriten war infolge des Zurückweichens der Schußbündler der vorbereitete Sturm auf den Laaer Berg nicht mehr notwendig. Auch dort soll kein Widerstand mehr bemerkbar sein.

Auf dem Dach des Karl-Marx-Hofes, um den sich in den letzten Tagen besonders heftige und blutige Kämpfe abspielten, haben sich der mehrzahl der Besitzer wechselte, haben sich die Schußbündler ein Maschinengewehrneubau einrichtet und bestreuen von dort aus die Umgebung. In den Mittagsstunden ist daher eine Batterie angelegt worden, die den Karl-Marx-Hof zurückzugewinnen soll.

Auf den Appell des Bundeskanzlers hin haben sich nach offizieller Angabe einige hundert Schußbündler gemeldet. In den Bundesländern, insbesondere in den großen Industriezentren Linz, Brud und Steyr herrscht nach offizieller Angabe vollkommene Ruhe. Die Polizeidirektion Wien hat für Samstag abend die Wiederanbahnung der Theater- und Kinovorstellungen zur normalen Zeit gestattet.

Ebenfalls im Salzammergebiet in Händen des Schußbundes

Wien, 15. Febr. Wie aus Ebensee im Salzammergau gemeldet wird, hat dort der Schußbund die Arbeiter des Sodawerkes, der Weberei und der staatlichen Salinen zusammengezogen, das Postamt und die Gendarmereiforse besetzt und die Gendarmen und Heimwehrleute gefangen genommen. Eine Tunnelmauer wurde gesprengt, um Material zur Errichtung von Barrikaden zu erhalten. Maschinengewehre verhindern ein Vordringen des Militärs.

Nach einem zusammenfassenden Bericht sind gegen Mittag bei der Polizei in Wien 34 Maschinengewehre, 1000 Gewehre, mehr als 40 000 Schuß Munition und eine große Anzahl von Handgranaten abgeliefert worden.

Der letzte Putz in Innsbruck

Innsbruck, 15. Febr. Der Donnerstag nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetretene Tiroler Landtag soll, wie bekannt wird, die Auflösung des Landtages beschließen. Dadurch wäre der Weg zur Einsetzung der von der Tiroler Heimatwehr geforderten autoritären Landesregierung freigemacht. Die neue Landesregierung dürfte vom Bundeskanzler ernannt werden. Außer dem bisherigen Landeshauptmann Dr. Stumpf und seinem Stellvertreter Dr. Feer sollen je ein Vertreter der Heimatwehr und der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei, sowie des Bauernbundes der neuen Landesregierung angehören.

Die Landesregierung hat den infolge der Auflösung der sozialdemokratischen Partei beschlußunfähig gewordenen Gemeinderat der Landeshauptstadt Innsbruck aufgelöst und den bisherigen Bürgermeister Franz Fischer zum Regierungskommissar bestellt. Weiter hat die Landesregierung die Gemeindevorstellungen von Hütting, Wogel, Kirchbühl und Haering aufgelöst.

Der zum Tode verurteilte Kalab zu zehn Jahren Kerker begnadigt

W.B. Wien, 15. Febr. Der am Donnerstag vom Standgericht zum Tode durch den Strang verurteilte Schußbündler Kalab ist zu zehn Jahren schweren Kerkers begnadigt worden. In Regierungskreisen wird jetzt zu den in Wien, Steyr und Sankt Veiten einberufenen Standgerichtsverhandlungen die Auffassung vertreten, daß Todesurteile nur für die Führer des Schußbundes, nicht aber für die von den Führern zur Teilnahme am Aufstand gezwungenen Arbeiter in Frage kommen können.

Habicht über die Lage in Oesterreich

W.B. Berlin, 15. Febr. Im deutschen Rundfunk sprach am Donnerstag abend der Landesinspektor für Oesterreich, Habicht. In seinem Vortrag führte er u. a. aus, daß die österreichische Regierung noch vor kurzem vor dem Forum der Welt gegen den Nationalsozialismus und das Deutsche Reich die Anklage erhoben habe, daß nur sie es seien, die durch ihre Haltung gegenüber der derzeitigen Bundesregierung den inneren Frieden und die äußere Unabhängigkeit Oesterreichs, damit zugleich aber auch den Frieden Europas bedrohten. Seltener sei eine politische und geschichtliche Lüge schneller und radikaler durch die Tatsachen widerlegt worden als diese. Noch während die angrenzenden Mächte mit der Prüfung des Anlagematerials beschäftigt gewesen seien, sei in Wien der bolschewistische Aufstand losgebrochen. Und während man die Frage erwogen habe, ob und bis zu welchem Grade deutsche Papierböller geeignet seien, den europäischen Frieden zu bedrohen, eröffneten an der Donau mit französischen Stahlhelmen, tschechischen Gewehren und Geschützen und russischer Munition ausgerüstete bolschewistische Auftritte das Feuer gegen die Truppen der derzeitigen österreichischen Regierung.

Nur einer habe nicht teil an diesem Chaos, nicht an seiner Entfesselung und nicht an seinem Ablauf und stehende schweigend zur Seite, Gemüht bei Fuß und warte seine Stunde ab. Der Nationalsozialismus, den jene als den Störenfried Europas bezeichneten, die für diese Katastrophe vor dem deutschen Volk verantwortlich seien und die die Welt in Aufruhr brachten, als der Nationalsozialismus in harmlosen Demonstrationen sein Dasein manifestierte. — Und die heute schweigend oder gar Beifall klatschten, daß ein ganzes Volk zur Verzweiflung getrieben und ein Staat zugrunde gerichtet werde.

Nachdem Habicht dann als verantwortlich für dieses Verbrechen am deutschen Volke die derzeitige Regierung Oesterreichs, die Mächte, die in voller Kenntnis der Verhältnisse der österreichischen Regierung ihre Hilfe gegeben hätten, und die Völsche Oesterreichs bezeichnet hatte, fuhr er fort:

Wenn etwas erschütternd ist an diesem Vorgang, dann ist es die Tatsache, daß keiner von den Toten dieser Kämpfe gefallen ist und fällt für ein erhabenes Ziel, für eine große Idee, die leuchtend über ihm steht und seinem Sterben einen verklärenden Schein und einen höheren Sinn gibt, sondern daß — auf welcher Seite immer sie sterben mochten — sie fallen im Dienste fremder Interessen als Kämpfer gegen ihr eigenes Volk. Es ist nicht wahr, daß dieser Kampf um die Neugestaltung Oesterreichs im deutschen Sinne geht, daß die Elemente der Ordnung gegen ein Element der Zerstörung kämpfen. Was sich hier auf deutschem Boden ausstob und deutschen Männern die Waffen gegen Deutsche in die Hand drückt, das ist der Zusammenprall fremder Mächte auf deutschem Raum, denen sie — bewußt oder unbewußt — als Legionäre dienen. Sie jagen der ewigen Tragik der deutschen Geschichte, daß Deutsche gegen Deutsche stehen, im Dienste fremder Interessen, ein neues Kapitel an, das nach unserem unerschütterlichen Willen das letzte dieser Art sein soll. Könnte man auf die Gräber dieser Toten die Farben jener Länder setzen, für die sie in Wahrheit gefallen sind, so würde jedem offenbar werden, daß Oesterreich in diesem Kampfe nichts anderes ist als das Schlachtfeld fremder Völker. Aus diesen Gräbern steigt die furchtbare Anklage gegen die Regierung Dollfuß auf, die Anklage, daß sie in Oesterreich Deutsche gegen Deutsche in den Kampf schickte, gerade in jener Zeit, da sich in der ganzen übrigen Welt die große deutsche Einigung vollzieht. Sie kann sich nicht darauf berufen, daß sie die geschichtliche Bedeutung ihres Handelns und ihrer Haltung nicht erfaßt habe. Denn sie ist tausendfach darauf hingewiesen worden. Sie kann sich nicht hinter der Behauptung verstecken, daß ihr keine Möglichkeiten geboten worden seien, anders zu handeln, denn durch Jahre und Monate hindurch fast bis zur letzten Stunde hat die nationalsozialistische Bewegung ihr wieder und wieder diese Möglichkeiten geboten.

Habicht wies dann darauf hin, daß das, was nun eingetreten sei, die NSDAP, der Regierung Dollfuß schon in der Stunde ihrer Geburt vorausgesehen habe. Er zitierte hierfür seinen Aufruf vom Mai des Jahres 1932, in dem er auf die drohende bolschewistische Gefahr hingewiesen hatte, und wies nach, daß es unrichtig sei, wenn heute die Regierung Dollfuß und die Führung der Heimwehr den Anschein zu erwecken versuchten, als ob ihr jetziger Kampf gegen den Nationalismus die letzte logische Konsequenz eines von Anfang an planmäßig ge-

Die Page in Wien.

W.B. Wien, 15. Febr. In den Abendstunden des Donnerstags herrschte in der Stadt Ruhe. Die militärischen Vorsichtsmaßnahmen, der allgemeine Alarmzustand und das Standrecht bleiben weiter bestehen, da immer noch mit der Möglichkeit eines neuen Ausbruchs der Bewegung und neuer lokaler Kämpfe gerechnet wird. Man sucht die weiteren Bewegungen der Schußbündler zu kontrollieren und festzustellen, ob an neuen Punkten Ansammlungen von Schußbündlern stattfinden. Die Entwaffnungsaktion wird weiter durchgeführt.

Ungewöhnliche Empörung wegen der bestialischen Hinrichtung des schwerverletzten Schußbündlers Muniareiter

Freiburg, 15. Febr. Es werden jetzt Einzelheiten über die Hinrichtung des Schußbündlers Muniareiter bekannt. Die Hinrichtung dieses Schwerverletzten durch die Wiener Exekutivbehörde hat die Erbitterung der Bevölkerung ins Unermessliche gesteigert. Muniareiter, der durch mehrere Schüsse schwer verletzt war, wurde darnach auf einer Tragbahre zum Standgericht ebenfalls auf einer Tragbahre zum Galgen geschafft, von der Bahre aus unter den Galgen gesetzt und — obwohl fast bewußtlos — erhängt. Auch zahlreiche Ausländer haben ihrer ungeheuren Empörung über die bestialische Hinrichtung eines Schwerverletzten durch die Regierung Dollfuß Ausdruck gegeben und erklärt, daß damit auch die letzten Sympathien für das Gewaltigste Dollfuß bei ihnen geschwunden seien.

Die Anrufung des Völkerbundes „zunächst in den Hintergrund getreten“

W.B. Wien, 15. Febr. Zu den Pressemeldungen über eine Vertagung der von der Regierung bereits beschlossenen Anrufung des Völkerbundes in dem Streit mit dem Reich wird jetzt von zuständiger Seite erklärt, daß infolge der Ereignisse der letzten Tage die Frage zunächst in den Hintergrund getreten sei. Eine Entscheidung über den Zeitpunkt der Anrufung des Völkerbundes liege bisher nicht vor. Auf diesem Gebiete habe sich in grundsätzlicher Richtung keine Aenderung der Lage ergeben.

fürten Kampfes zur Ueberwindung des Bolschewismus sei. Die marxistischen Führer, die sie heute als Hochverräter verfolge, seien dieselben, die sie gestern hinter den Kulissen als Verbündete zum Kampf gegen den Nationalsozialismus geworden habe. Nur, weil in dem Kräfteverhältnis ihrer ausländischen Geld- und Ratgeber eine entscheidende Verschiebung eingetreten sei, gehen sie heute mit Granaten und Flammenwerfern gegen sie vor.

Habicht fuhr dann fort: Einer gewissen Auslandspreffe beliebt es, Herrn Dollfuß und sein Regiment heute als den großen Sieger über den Nationalismus und damit als den endgültigen bleibenden Herrn Oesterreichs zu feiern. Sie möge sich nicht täuschen. Wahrscheinlich — wenn auch durchaus noch nicht so ganz sicher — daß es dieser Regierung gelingt, den Widerstand der bewaffneten Bataillone des Nationalismus durch brutale Anwendung von Granaten und Flammenwerfern auch gegen Frauen und Kinder zu brechen, den tödlichen Haß, den sie dadurch in Millionen von Herzen zur zehrenden Flamme angezündet hat, löst sie damit nicht. Es brennt weiter und wird nicht eher seinen Frieden finden, als bis die furchtbare Schuld dieses Regimes gesühnt ist. Bis gestern hatte sie nur den Nationalsozialismus — d. h. allerdings die Mehrheit des Volkes — als entschiedenen Gegner gegen sich, aber obwohl sie alle staatlichen Machtmittel gegen ihn anwandte und dazu den Nationalismus als Rückendeckung und stillen Verbündeten hatte, konnte sie diese, von ihr selbst auf den Boden der Illegalität vertriebene Bewegung so wenig bezwingen, daß sie am Ende zu ihrer Rettung das Ausland gegen sie anrufen mußte. Von nun an aber hat sie außer dem Nationalsozialismus zur rechten auch noch den zwangsläufig nun ebenfalls illegal kämpfenden Nationalismus zur Linken zum Todfeind. Zwischen diesen beiden Mühlsteinen wird diese Regierung ohne Volk zermalmt werden, wenn sie wahrhaftig genug sein sollte, den Kampf auch auf dieser Basis noch fortzuführen, einen Kampf, der unerhörte Opfer an bestem deutschen Blut fordern würde. Die Wehrmacht Oesterreichs schießt heute noch auf verhegte Arbeiter, die auch, wenn auf falschen Wegen — gute und tapere Deutsche sind, sie muß sich entscheiden, ob sie morgen auch auf Nationalsozialisten schießen und dann übermorgen vielleicht schon auf der Seite der Feinde Deutschlands gegen das Reich marschieren will. Der Führer der österreichischen Wehrmacht, Fürst Schönberg-Hartenstein, hat gestern einen Aufruf an die nationale Bevölkerung und die alten Soldaten erlassen, sich angesichts der Gefahr der Stunde und der Rückstellung aller bisherigen politischen Gegensätze der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die Führung der nationalsozialistischen Partei Oesterreichs hat ihren sämtlichen Mitgliedern bei Strafe des sofortigen und unumkehrlichen Ausschlusses aus der Partei verboten, diesem Appell Folge zu leisten. Die Gründe für diese Anordnung ergeben sich aus dem, was ich eingangs über den wahren Charakter des gegenwärtigen Kampfes in Oesterreich sagte.

Wenn heute ausländische Interessengruppen in Oesterreich zusammenstoßen — leider ohne daß wir es hindern können — so hat die nationalsozialistische Bewegung nicht die geringste Veranlassung, für eine dieser Gruppen, welche Namen sie sich immer beilegen mag, auch nur einen Finger zu rühren.

Sie sieht diesem Kampf in tiefer Erbitterung zu, sie beugt sich voll Trauer vor den Gräbern der Toten, sie denkt groß und frei genug, um allen denen ihren Respekt zu bezeugen, die — auf welcher Seite immer — heldenhaft kämpfen für ihre Pflicht oder ihre Ueberzeugung und damit beweisen, daß sie unbeschadet ihrer Parteifarbe zutiefst echte Deutsche sind, aber sie opfert selber keinen Mann und keine Patrone, weil jede mögliche und denkbare Lösung dieses Kampfes eine Lösung gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk wäre.

Für eine deutsche Lösung aber, die sie von Anfang an erstrebt hat, ist sie bereit, zu jeder Stunde jedes Opfer auf sich zu nehmen.

Möge jenen, die Träger der Staatsgewalt und wirklich im Besitze der Macht sind, sich angesichts der tauchenden Trümmer menschlicher Wohnstätten, angesichts der Tausenden von Toten, der unzähligen zerstörten Existenzen und des unbefriedigten Glubs, das die kommenden Monate erst in vollem Umfange offenbaren werden, mögen sie in letzter Stunde sich der ganzen Größe ihrer Verantwortung vor dem deutschen Volke und vor der Geschichte bewußt werden, damit in letzter Stunde noch das letzte und größte Unglück verhütet werde.

Blutiger Fasching in Wien

Wiener Brief

Der Wiener und noch viel mehr die Wienerin kümmern sich grundsätzlich nicht um Politik. Die einzige politische Betätigung zu der sie sich gelegentlich einmal aufschwingen, besteht in dem „Nadern“, wie man hier zu sagen pflegt. Der Berliner jagt dafür medern. Beide Worte bedeuten aber dasselbe. Die Quelle aber, aus der die Bekrittelung herausfließt, ist jedoch nicht politische Erkenntnis, sondern reine Gefühlseinstellung. Wenn die Preise für Fleisch oder Gebäck oder Wein um ein paar Groschen (österreichische Währung) ausschlagen, dann wird auf die Regierung geschimpft, wobei es ganz gleichgültig ist, ob damit die Bundesregierung, die Landesregierung oder die Stadtverwaltung getroffen werden soll. Es hängt mit der jahrzehntelangen, von den Habsburgern bewußt geförderten Enthaltung von jeder politischen Betätigung zusammen, daß beispielsweise ein sportliches Ereignis oder eine Theateraufführung mehr Menschen auf die Beine bringt als eine noch so wichtige politische Kundgebung.

Die alte österreichische Gemütslichkeit ist freilich seit längerer Zeit verschwunden. Darüber täuscht auch nicht der Sender Wien hinweg, der Tag für Tag seine Walzerweisen und Stützproben von der Grinzinger Gemütslichkeit durch den Aether jagt. Aber im großen und ganzen geht man in die Cafés, ins Theater, möglichst auf Freizeite und zeigt sich vor allem Fußballinteressiert. Ganz besonders hatte man sich aber auf den Fasching „geipft“. Der Wiener Fasching hat auch seine besondere Note. Gewiß tritt er auch äußerlich in Erscheinung, aber doch nicht in dem Maße wie in Köln oder München. In Wien vollzieht er sich mehr sozusagen innerlich. Gerade weil die Zeiten so trüb erscheinen, hat man sich heuer besonders auf den Fasching gestreut. Eine kleine „Gaudi“ oder eine rechte nette „Fest“, das hat der Wiener für sein Leben gern.

Nun ist es eine böse „Fest“ geworden: Ein gewaltiger Sturmwind hat den Fasching zertrümmert. Die närrischen Dekorationen, die noch am Sonntag in zahlreichen Lokalen fröhlich gestimmte Menschen umgaben, hängen einjam und verlassen da und bilden einen schaurigen Gegensatz zu dem blutigen Ernst, der sich nun reitend in und um Wien abspielt. Die Straßen sind öde und verlassen, die einzigen Wagen, die am Rosenmontag und Faschingsdienstag über die Ringe jagten, waren nicht Fiaker mit fröhlich gestimmten Menschen, sondern die dunklen Wagen der Rettungsgesellschaften mit dem Genser Kreuz am Kühler und mit stöhnenden Menschen im Innern, die mit dem Tode rangen. Welch ein tragisches Sinnbild: Von den Anschlagssäulen grüßt noch das Bild einer schönen Frau, die gerade die Maske abnimmt. Das einzige, was in diesem Fasching demaskiert wurde, waren die ehernen Mäuler der Geschütze und Mörserwerfer.

Wie ist das alles nur so rasch gekommen? Es ist wirklich so: am Sonntag, ja noch am Montag vormittag hat das eigentliche Wiener Bürgertum keine Ahnung von den kommenden Ereignissen gehabt. Als die Trambahnen immer spärlicher wurden, als zwei Minuten nach 11.45 Uhr die öffentlichen Uhren plötzlich stehen blieben, haben die meisten Straßenpassanten dies als eine der üblichen Störungen angesehen, mit denen im Laufe der letzten zehn Jahre das öffentliche Leben in Wien reichlich gequält worden ist. Von der Mittagsstunde ab häuften sich aber die Anzeichen in erschreckender Weise. Das Gas blieb aus, die Wasserleitung verlor, das Telefon ging nur noch inter-urban, wie man hier die Stadtverbindungen nennt. Dann peitschten die ersten Schüsse durch die Stille, und schließlich legte das dumpfe Dröhnen der Geschütze ein und Feuerchein rötete den nächtlichen Himmel.

Nach den bangen Stunden vom 15. Juli 1927, als der Wiener Mob das Justizgebäude flürmte und in Brand steckte, hat man im Stillen doch immer wieder eine Wiederholung erwartet. Damals gelang es aber noch der Polizei, die Unruhen zu beenden. Daß es diesmal ernst war, sah man durch den Aufmarsch der Bundestruppen. Bajonette und Stacheldraht beherrschten das Blickfeld. Trotz aller begreiflichen Neugier blieb man aber diesmal in den Häusern. Da auch die Zeitungen nicht erschienen, war die letzte Verbindung zur Außenwelt der Rundfunk, der aber unentwegt an keinem Programm teilnahm mit der einzigen Aenderung, daß an die Stelle der Faschingsmusik Schubert, Beethoven und Richard Wagner gespielt wurden, dessen 51. Todestag auf den Faschingsabend fiel. Während draußen der Donner der Geschütze von Stunde zu Stunde zunahm, unterhielt der Rundfunk seine Hörer mit Französisch für Anfänger. Oh, du mein Wien!

Ein Verriuch, hinter der bewaffneten Macht die eroberten Gebäude in Augenblicke zu nehmen, glückt über Erwarten. Nun kann sich jeder selber davon überzeugen, daß alle diese Höfe, die den Namen irgend eines sozialistischen „Heiligen“ tragen, nichts anderes waren als bewußt für den Bürgerkrieg errichtete Festen! Aus dem Karl-Marx-Hof werden immer noch Bewunderte und Tote herausgetragen, die man jetzt erst aus den Trümmern befreien kann. Die Bewohner, die in vielen Fällen gegen ihren Willen eingeschlossen waren, solange der Kampf noch hin und herwogte, sind noch ganz verblüfft, so daß man sich aus ihren Erzählungen kein richtiges Bild zusammenstellen kann. Nur das eine steht einwandfrei fest: Es ist entsetzlich gewesen. Zwar bemühen sich die Heimkehrer, deren Hahnenjeder auf den Hüften dem Strahlenbild eine neue Note verleihen, um die Beretteten. Aber ein schwerer Druck liegt über allem. Solange noch die dumpfen Schläge der Kanonen und das gelle Peitschen der Maschinengewehre erklingen, vermag sich selbst die primitive Freude am Leben nicht durchzusetzen.

Ich gehe über die Treppe des Westtores des Karl-Marx-Hofes in eine Wohnung des Obergeschosses, in das eine Granate gefallen ist. Wertwürdigerweise sind die Vermittlungen nicht so groß, wie man eigentlich erwartet hat. Hier hat einmal ein junges Ehepaar gewohnt. Der Mann, ein Monteur, ist in den Reihen des republikanischen Schutzbundes bei der Verteidigung des Karl-Marx-Hofes gefallen. Die junge Frau liegt schwer verletzt in irgend einem Krankenhauses. An der Wand hängt, vom Winde leise gehauelt, der durch das Granatloch ins Zimmer dringt, ein Faschingsgewand, weiß mit bunten Tupfen. Ein winziges Granatsplitterchen hat es zertrümmert. Einige dunkle Flecken deuten auf Blut.

Fasching in Wien 1934!... Wir werden ihn nicht so bald vergessen!

Heißt den deutschen Dichtern u. Komponisten Besucht das Badische Staatstheater!

Englische Berichte aus Wien

London, 15. Febr. Zu den blutigen Ereignissen in Oesterreich veröffentlichte Reuters eine Meldung, in der es heißt, unzweifelhaft seien viele von den Toten und Verwundeten nicht am Kampf beteiligt gewesen. Ein höherer Offizier der Armee habe in Floridsdorf im Gespräch mit einem Vertreter des Reutersbüros zugegeben, daß die meisten Verluste wahrheitsgemäß unter unschuldigen Personen zu verzeichnen seien, die nicht aus ihren von der Artillerie des Bundesheeres beschossenen Wohnhäusern entkommen konnten.

Die Reutersmeldung gibt der Ansicht Ausdruck, daß ein Ergebnis der Abklattung von Mittelpunkten eine Zunahme der Erbitterung der Arbeiterklasse gegen die Regierung Döllfuß sein werde.

„Daily Telegraph“ bringt einen Aufsatz seines Berichterstatters, in dem ausgeführt wird, daß man in Oesterreich nicht von einem kommunistischen Aufbruch sprechen könne. Der Aufbruch sei vielmehr von den Heimwehrführern ausgegangen, die Dr. Döllfuß gezwungen hätten, die Bestimmungen durchzuführen, die sie in ihrem eigenen Putsch vom 13. September 1929 erfolglos zu verwirklichen versucht hätten, einem Putsch, auf dem seine Todesurteile und nicht einmal Beurteilungen zu Gefängnisstrafen gefolgt seien. Der Berichterstatter sagt, die Regierungsartillerie führe jetzt das Ende der demokratischen Republik herbei, wenn auch für einen fürchtbaren Preis von Menschenleben. Wenn Dr. Döllfuß dieses Schlachtfeld hinter sich habe, werde er sich einem anderen, von äußerster Laikheit und Entschlossenheit erfüllten Feinde gegenübersehen, nämlich dem Nationalsozialismus.

Der Wiener Berichterstatter der „Times“ sagt: Die Verluste müßten eine schreckliche Höhe erreicht haben. Schätzungen der Sozialisten geben die Zahl ihrer Toten nur bis Dienstagabend auf nicht weniger als 1500 an, und es ist bekannt, daß die Schlacht, die jetzt in Floridsdorf tobt, die blutigste von allen ist. Es heißt, daß in den im Karl-Marx-Hof gelegenen großen Wohngebäuden allein 350 Personen getötet worden sind, nicht nur Schutzbündler, sondern auch Bewohner. Die Regierungskräfte haben ebenfalls schwere Verluste erlitten. Eine derartige Zusammendrängung menschlichen Lebens auf engem Raum kann es in ganz Europa seit dem Kriege kaum gegeben haben.

„Das unglückliche Oesterreich wird sich Adolf Hitler zuwenden“

London, 15. Febr. Der Wiener Korrespondent des „News Chronicle“ jagt in einer Meldung die Arbeiterklasse sei von Erbitterung gegen die Regierung Döllfuß erfüllt. Im kommenden politischen Kampf werde sich das unglückliche Oesterreich in Verzweiflung Adolf Hitler zuwenden.

Gegen den Döllfuß-Terror

Wien, 15. Febr. Vor dem österreichischen Generalkonsulat kam es am Mittwochabend zu einer Kundgebung gegen die Wiener Vorgänge. Die Menge wurde von berrittener Polizei durch einen Knüppelangriff zerstreut. Der österreichische Generalkonsul empfing aber eine Abordnung von Kommunisten und Sozialisten und versprach, ihren Einspruch gegen das Vorgehen gegen die Marxisten seiner Regierung weiterzugeben.

Das neue tschechoslowakische Kabinett

Prag, 15. Febr. Der Widerstand der tschechoslowakischen Nationaldemokraten gegen die von der Regierung geplanten Währungsmaßnahmen hat am Mittwoch nachmittag zum Rücktritt der tschechoslowakischen Regierung geführt. Der Präsident der Republik hat den bisherigen Ministerpräsidenten Malypetr mit der Neubildung der Regierung beauftragt. Neben Ministerpräsident Malypetr verbleiben in der neuen Regierung u. a. Außenminister Dr. Beneš, Neu treten in die Regierung ein Handelsminister Doštal, der bisher das Ministerium für öffentliche Arbeiten verwaltete, und Professor Dr. Johann Arcmar als Minister für das Schulwesen und für Volksaufklärung. Der bisherige Justizminister Dr. Alfred Meißner übernimmt das Ministerium für soziale Fürsorge, das bisher Dr. Ludwig Czech innehatte. Innenminister wird der bisherige Obmann des Haushaltungsausschusses der parlamentarischen Kontrollkommission, Czerny.

Litauischer Staatskommissar für das Memelgebiet?

Berlin, 15. Febr. Wie aus Memel zuverlässig berichtet wird, ist beabsichtigt, dort am 16. Februar einen Staatskommissar für das Memelgebiet einzusetzen. Durch diese Maßnahme wird man das Direktorium des Memelgebietes kassieren. Als Kandidat kommt in erster Linie der frühere Landrat Simonaitis in Frage, der sich bei dem Memelputsch im Jahre 1923 besonders hervorgetan hat. Gegen ihn bestehen allerdings von Seiten der Großlitauer im Memelgebiet, insbesondere von Stiklorius und anderen, erhebliche Bedenken, die Simonaitis aber zu überwinden hofft.

Diese Meldung wird zunächst unter Vorbehalt wiedergegeben. Es ist allerdings bekannt, daß litauische Schatzmacher mit derartigen unverantwortlichen Plänen, die auf eine Befreiung der autonomen Verfassung des Memelgebietes hinauslaufen, umgehen. Man sollte aber annehmen, daß die litauische Regierung sich von solchen Plänen fernhält und sich nicht einen so offensichtlichen Bruch der vertraglich übernommenen Verpflichtungen zuschulden kommen lassen wird.

Polnisch-litauischer Minderheitenkonflikt

Warschau, 15. Febr. Im Wilnaer Gebiet haben die polnischen Sicherheitsbehörden zahlreiche Hausdurchsuchungen unter den Litauern vorgenommen und bis jetzt insgesamt 27 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen sollen, an den litauischen Schulen staatsfeindliche Tätigkeit zu betreiben. Diese Verhaftungen sind, wie der Krakauer Illustrierte Kurier aus Wilna meldet, Vergeltungsmaßnahmen gegen „Verfolgungen der polnischen Minderheit in Litauen“, wo wie bereits gemeldet, insgesamt 50 Polen hauptsächlich wegen Unterrichts polnischer Schulkinder in ihrer Muttersprache verhaftet und zum größten Teil in Gefängnisse gebracht worden. Mehr als 20 polnische Lehrer sind zu verhältnismäßig hohen Geldstrafen verurteilt worden. Das Blatt hebt ausdrücklich hervor, daß Polen bisher gegen die Litauer nur deshalb nicht vorgegangen sei, weil es geglaubt habe, das Schicksal der polnischen Minderheit in Litauen dadurch zu mildern. Da dies jedoch nicht gelungen sei, hätten sich die polnischen Behörden zu Vergeltungsmaßnahmen entschlossen. Diese seien indessen noch nicht abgeschlossen, da Litauen, wie es heißt, die völlige Vernichtung des polnischen Schulwesens anstrebte.

Schadenersatzforderungen an die kubanische Regierung

Paris, 15. Febr. Wie Havas aus Havanna meldet, haben England, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Spanien und China 100 Millionen Franken Schadenersatz von der kubanischen Regierung für den ihren Staatsangehörigen bei der letzten Revolution zugefügten Schaden gefordert. Die kubanische Regierung besitzt den Schaden jedoch nur auf 10 Millionen Dollar. Auch Japan habe eine Entschädigung für den Tod eines japanischen Staatsangehörigen beantragt.

Staatssekretär Hierl über den Arbeitsdienst

W.B. Eisenach, 16. Febr. Der Schlußtag der Wartburgtagung der nationalsozialistischen Arbeitsdienstführer gestaltete sich zu einer einmütigen Treuekundgebung für den Reichsarbeitsdienstführer Staatssekretär Hierl. Bei Erledigung der Punkte Arbeitsgang, Arbeitsplanung, Arbeitsausbildung und Arbeitsabrechnung ergriff der Reichsarbeitsführer das Wort zu einer längeren Ansprache. Er führte u. a. aus: Der Arbeitsdienst ist keine Nachahmung irgend einer anderen Organisation, sondern eine Neuschöpfung, geboren aus der nationalsozialistischen Bewegung heraus. Aus dieser Herkunft hat der Arbeitsdienst seine Erbmasse, seinen Charakter und damit seine Lebensgesetze erhalten und diesen Lebensgesetzen muß er treu bleiben, wenn er nicht verkommen und verderben will. Auf der letzten Tagung der Gauarbeitsführer, so fuhr der Reichsarbeitsführer fort, habe ich als Aufgabe für die nächsten Monate gestellt: Vollendung des organisatorischen Aufbaues und der inneren Festigung. Der äußere organisatorische Aufbau wird am 1. April im wesentlichen vollendet sein. Der Hauptnachdruck wird jetzt auf den inneren Ausbau, auf die richtige Gestaltung des Dienstbetriebes und als Voraussetzung hierfür auf die systematische Führerschulung und Führerziehung zu legen sein. Entscheidend für diesen inneren Ausbau ist, daß er im nationalsozialistischen Geist erfolgt. Das Jahr 1934 wird für die Zukunft des Arbeitsdienstes entscheidend sein.

Auslandsdeutsche gedenken der Heimat

So mancher Deutsche hat während der letzten 14 Jahre seinem Vaterland den Rücken gekehrt. Die nationalsozialistische Revolution hat vielen von ihnen neue Hoffnung gegeben. Als nun gar das großzügige Winterhilfswerk eingeleitet wurde, da wollten auch sie nicht absteigen lassen. Sie geben ihrer Freude über das große Werk des tätigen Sozialismus durch eigene Mitwirkung Ausdruck.

Aus allen Teilen der Welt laufen ihre Geldsendungen und Sachspenden ein. Darüber ist schon häufig berichtet worden. Wie sehr diese Bewegung anhängt, lehnen folgende Beispiele aus jüngerer Zeit. Aus Südamerika schrieb der ehemalige Einwohner der kleinen heftigen Stadt Bad Wimpfen: „Würden Sie je gut sein und dem Winterhilfswerk 35 RM. einzeichnen? Wir haben dieses Geld gerne gesendet, denn heute wissen wir, daß es richtig verwendet wird.“ So kam diese Summe aus Valencia und Porto Caballo als Beweis herzlicher Heimatliebe.

Der La Plata-Gau der Deutschen Turnerschaft, des deutschen Fußballvereins und die Sportabteilung des BVL in Südamerika veranstalteten zugunsten der Winterhilfe der Reichsregierung gemeinsam ein Sportfest. Der Deutsche Sports-Club aus Antwerpen spendete 1757 belgische Francs, die aus einem Wettbewerb, einem Winterhilfsspiel, und sonstigen Spenden eingingen. Dem Winterhilfswerk in Oberban bei Dresden wurde der schöne Betrag von 500 RM. von einer deutschen Krankenpflegerin überwiesen, die gegenwärtig auf der Insel Sumatra in Niederländisch-Indien tätig ist. Ein in Ober-Glogau geborener und jetzt in Südwestfalen wohnender Farmer hatte in einer Nachschicht, in der er ganze 2 RM. erlöste, an Gebühren und Auslagen 1.15 RM. zu zahlen. Er sandte nach Ober-Glogau eine englische Pfundnote und bat, den Restbetrag für das Winterhilfswerk zu geben. — Und was tatest Du bisher?

Dimitroff, Popoff und Tanoff erwerben die Sowjetstaatsangehörigkeit

W.B. Moskau, 15. Febr. Da die bulgarische Regierung sich geweigert hat, die in Deutschland in Haft gehaltenen bulgarischen Kommunisten, Dimitroff, Popoff und Tanoff, als bulgarische Staatsangehörige zu betrachten, haben sich Verwandte der drei Kommunisten durch Vermittlung der sowjetrussischen Botschaft in Berlin an die Sowjetregierung gewandt, mit der Bitte, den Befehlungen des Bürgerrechts der Sowjetunion zu verbleiben. Die Sowjetregierung hat das Gesuch genehmigt.

Erste Sitzung des Dreier-Ausschusses

Genf, 15. Febr. Der Dreier-Ausschuss zur Vorbereitung der Saarabstimmung hat unter Vorsitz des italienischen Barons Aloisi etwas über eine Stunde getagt. Von Seiten des Völkerverbündenssekretariats ist feinerliche Mitteilung über diese erste Sitzung herausgegeben worden. Auch die Mitglieder des Ausschusses haben die Vereinbarung getroffen, über ihre Sitzungen vorläufig nichts mitzuteilen. So wird heute auch nur bekannt, daß der Ausschuss über das von ihm anzunehmende Verfahren verhandelt hat und daß man mit der Prüfung des Berichts des Präsidenten der Saarregierung, Klotz, begonnen hat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der griechische Wirtschaftsminister besucht Berlin. Der griechische Wirtschaftsminister Vezmazoglou traf Donnerstags früh in Berlin ein, wo er sich etwa eine Woche aufhalten wird. Er wird seinen Besuch in Berlin dazu benutzen um mit den zuständigen Reichsstellen Fragen der deutsch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen zu erörtern.

Selbsttätiger Stratosphärenballon. Aus Moskau wird gemeldet, daß voraussichtlich am 20. März ein unbemannter Stratosphärenballon starten wird. Die Beobachtungs-Instrumente und die Vorrichtungen zum Landen werden von einem russischen Observatorium aus ferngeleitet. Der Ballon soll mindestens 14 Stunden in der Luft bleiben und eine Höhe von 40 000 Metern erreichen.

Schnee- und Hagelsturm. Im Golf von Neapel gerieten infolge eines heftigen Sturmes zwei Fischlutter in Seenot, von denen der eine mit fünf Mann Besatzung bisher nicht geborgen werden konnte. In der Stadt selbst warf der Sturm die Fiegel von den Dächern und entwurzelte Allee-bäume. In Messina hat bei plötzlichem Umschlag der Temperatur heftiger Schneefall eingelegt.

Chefrau erschlägt ihren Mann und ihre Tochter. In Heppenheim bei Bielefeld erschlug die 35 Jahre alte Ehefrau Kelle in der Nacht zum Mittwoch ihren Ehemann und ihre 12-jährige Tochter während beide schliefen, mit einem Beil. Sodann durchschnitt sie beiden noch mit einem Brotmesser die Kehle. Die Tat ist wahrscheinlich in geistiger Umnachtung geschehen. Frau Kelle sollte bereits vor vier Wochen wegen Bestesgeführligkeit einer Heilanstalt zugeführt werden.

Tages-Anzeiger

Freitag, den 16. Februar 1934.

Bad. Staatstheater: „Die kleine Frau Schmetterling“, 20 bis 22 1/2 Uhr.
Stala-Tonfilm-Theater: Harry Piel: „Ein Unschätzbare geht durch die Stadt“.
Marxgrafen-Theater: „Sag mir, wer Du bist“, 6 und 8 1/4 Uhr.
Kammer-Vorstellungen: „Schleppzug M 17“.

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit

Von Dr. Lösen er,

Oberregierungsrat im Reichsministerium des Innern.

Die kleine Verordnung mit nur fünf Paragraphen, äußerlich unscheinbar, bescheiden auf der dritten Seite des Reichsgesetzes verstreut, hat mit einem Schlage die staatsrechtliche Stellung jedes Einzelnen in einem Sechzigmillionenstaat geändert. Ein Meistertum auf dem geschichtlichen Wege, den unser Volk geht, ist diese „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit“: ein äußerlich einfacher Vorgang, der an die Stelle der Staatsangehörigkeit in den einzelnen Gliedstaaten des Reiches die unmittelbare Reichsangehörigkeit setzt.

Die Verordnung vom 5. Februar fußt auf dem entscheidenden Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934, das mit Wirkung von demselben Tage die Staatshoheit der Länder auf die Reichsregierung übertrug. Dieses Ereignis von kaum zu überbietender geschichtlicher Tragweite bleibt aber zunächst nur bemerkbar in politischer Hinsicht. Seine Wirkungen auf den einzelnen Bürger des Staatsrechts werden greifbar erst durch weitere Bestimmungen, die den inneren Gehalt des Grundgesetzes gleichsam verkörperlich und damit für alle Augen sichtbar machen. Und unter diesen ausbauenden Bestimmungen wird dann natürlich eine Verordnung, die jeden Angehörigen des Reichsvolks unmittelbar betrifft und die ebenso unmittelbar verständlich ist, besonders vollständig sein. Die Reichseinheit ist nunmehr sichtbar für den einzelnen Volksgenossen durchgeführt.

Eine andere Frage, die in diesen Tagen häufig gestellt wird, ist die, was sich denn nun für jeden praktisch geändert habe, und wie die neue einheitliche Reichsangehörigkeit sich unmittelbar bemerkbar mache. Darauf läßt sich kaum etwas anderes antworten, als daß damit eben dem Gefühl innerer Zusammengehörigkeit und der schicksalhaften Verbundenheit aller deutschen Reichsangehörigen auch der gesetzliche und staatsrechtliche Halt gegeben worden ist.

Um das zu erläutern, muß man das Wesen des Begriffes „Staatsangehörigkeit“ schlechthin erklären. Die Staatsangehörigkeit ist der Gegenpol zu dem Pol Staatslosigkeit. Jeder der beiden Begriffe ist durch den anderen bedingt, und die Staatsangehörigkeit ist nur die Erscheinungsform der Staatslosigkeit im einzelnen Menschen. Wie aber die Staatslosigkeit einen Inhalt erst bekommt durch bestimmte Hoheitsrechte, die je nach dem Grade der Souveränität der einzelnen Staaten stärker oder schwächer sind, so ist auch die Staatsangehörigkeit des Einzelnen zunächst nur ein staatsrechtlicher Zustand, ein Status, der seinen Inhalt nicht aus sich selbst hat, sondern ihn aus anderen Rechtsquellen erhält, aus der Staatsverfassung wie aus zahlreichen weiteren Gesetzen. Ueber die Rechte und Pflichten, die der Staatsangehörige hat, sagt also eine Gesetzesbestimmung wie die Verordnung vom 5. Februar nichts aus, da sie an die Stelle der einen nur eine andere Staatsangehörigkeit setzt. Die Rechte und Pflichten des Reichsangehörigen sind also nicht geändert gegenüber denen des Landesangehörigen, da sie aus anderen Quellen fließen als aus der Verordnung vom 5. Februar.

Äußerlich bemerkbar werden wird der neue Zustand zunächst nur dort, wo in amtlichen Registern und Ausweisen ein Vermerk über die Staatsangehörigkeit nötig ist. In neuen Reisepässen wird als Staatsangehörigkeit vermerkt werden „Deutsches Reich“ und nicht mehr die Zugehörigkeit zu einem der sechzehn kleineren Vaterländer, die den ausländischen Behörden häufig eine Quelle des Mißverständnisses oder gar des Mißtrauens, den deutschen Auslandsreisenden aber ein Vergnügen gewesen ist.

Eine Änderung tritt auch ein, wenn jemand jetzt die Reichsangehörigkeit erwirbt. Beteiligt ist der Zustand, daß man die Reichsangehörigkeit nur mittelbar erwarb als Folge davon, daß man die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Gliedstaate erwarb. Ein Kind deutscher Eltern wurde wohl Deutscher, aber gleichsam nur als Zugabe dafür, daß es Preuße oder Hamburger, Bayer oder Anhalter geworden war. Wer aber die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollte, mußte sich durch ein deutsches Land einbürgern lassen und erhielt dann eine Urkunde darüber mit dem Zusatz, daß er damit auch noch Deutscher geworden sei. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit, jetzt staatsrechtlicher Status aller deutschen Staatsangehörigen, war bisher eine Karikatur, die nur unter ganz besonderen Voraussetzungen hin und wieder entstehen konnte.

Die Aufhebung der Landesangehörigkeit, die eigentlich schon durch das Grundgesetz vom 30. Januar 1934 erfolgte, hatte eine Lücke hinterlassen, die durch einen Ertrag sofort ausgefüllt werden mußte. Da sie in Dutzenden von Gesetzen erwähnt wird als Vorbedingung, an die die Begründung von Zuständigkeiten einzelner Landesbehörden sowie die Entstehung von Rechten und Pflichten geknüpft war, mußte ein anderes Mittel geschaffen werden, das die Lücke ausfüllte. Wenn jetzt die Behörden des Landes zuständig sind, in dessen Gebiet der Betreffende sich niedergelassen hat, so ist mit Einführung dieses einfach festzustellenden Umstandes an Stelle eines staatsrechtlichen Begriffes ein weiterer Fortschritt erzielt, denn die mancherorts geradezu unfinstige Behördenarbeit wird erspart, die notwendig war, um bei jedem Eheschließenden, Adoptierenden und dergl. die Staatsangehörigkeit in einem oder gar mehreren Ländern festzustellen. Verschiedene bürokratische Jöpfe sind damit wieder auf den historischen Schutthaufen gewandert.

Die Verordnung über die deutsche Reichsangehörigkeit ist ein Schritt auf dem Wege zur Schaffung und Festigung eines einheitlichen Reiches. An den Rechten und Pflichten des Einzelnen gegenüber dem Staat wird durch sie nichts geändert, auch nichts an den Aufgaben, die jeder auf seinem Plage erfüllen muß, bis das neue Reich nach innen und nach außen wahrhaft geschlossen und frei dastehen wird.

Konularische Vertretung Persiens

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Kaiserlich Persische Konsulatsrat in München, Herr Karl Mayer, zu dessen Amtsbereich das Land Baden gehört, ist von seinem Amt abberufen worden.

Die Geschäfte des persischen Generalkonsulats München werden bis auf weiteres von der Konsulatsabteilung der Kaiserlich Persischen Gesandtschaft, Berlin W 35, Tiergartenstr. 33, wahrgenommen.

Der Werkmeister im Betriebs- u. Staatsleben

Mit dem Jahreswechsel beginnen die Tagungen der Organisationen, um Rüd- und Ausblick zu halten, über die getane Arbeit und auf die bevorstehenden Aufgaben. Diesem Zwecke dienen auch die Kreis- und Bezirksstage des Deutschen Werkmeisterverbandes, der heute über 95% aller Werkmeister der gesamten deutschen Wirtschaft organisatorisch erfaßt.

Während für Württemberg der Kreisstag in Stuttgart im Dezember stattfand, tagten die Kreise für Baden und die Pfalz im Januar in Karlsruhe. Bei beiden Tagungen wurden richtunggebende Referate über die Aufgaben der Werkmeister im nationalsozialistischen Staate und im praktischen Betriebs- und Gemeinschaftsleben gehalten. Ist die Zahl der Werkmeister, gemessen an derjenigen der gesamten Volkswirtschaft im Wirtschaftsprozess zwar nicht sehr groß, so ist ihr Einfluß als Erzieher und Führer im Betriebsleben ungleich größer und von entscheidender Bedeutung als Vermittler der technischen Idee zur Wirklichkeit als Zweck- und Qualitätsarbeit und nicht zuletzt auf die Wechselwirkung zwischen Autorität und Verantwortung in der täglichen Kleinarbeit.

Kreisvorsitzer Pg. Bizenberger-Karlsruhe hieß die Vertreter im Namen der Karlsruher Kollegenschaft willkommen und übermittelte Grüße vom Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Plattner, der dienstlich anderwärts verpflichtet sei. Bezirksvorsitzer Pg. Kärcher-Stuttgart begrüßte die Ortsgruppenleiter mit marianen Worten. Dem Jahre des Sieges folgen nun die Jahre des Auf- und Ausbaues. Grundlegende Veränderungen hätten sich auch im Gewerkschaftsleben vollzogen. Gewaltige Aufgaben stehen noch bevor. Die Regierung habe erst dieser Tage durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit erneut bewiesen, daß sie es ernst nehme mit der Neuordnung der sozialen Belange des arbeitenden Volkes im nationalsozialistischen Staate. Dieses gigantische Verdingungswerk lege eine totale innere Umstellung der Führerschaft wie der Volksgemeinschaft voraus. Es verpflichte aber auch die Amtswalter der Verbände bzw. der DAF, als Vorbereiter einer lebenswichtigen Schicksalsgemeinschaft. Nicht heiße Führer, absoluter Herr zu sein, und Gefolgschaft leisten, nicht willenloses Werkzeug werden, sondern Führer und Gefolgschaft müssen eins werden, in dem Bestreben, durch selbstlose Hingabe ihres Wissens und Könnens im Dienste des Volksganzen. Im Zusammenhang mit dieser Wirtschaftsgewinnung bekomme der Begriff „Bezahlung nach Leistung“ eine ganz andere Bedeutung. Der Wert der Arbeitsleistung darf nicht willkürlich von eigenmächtigen Erfolgsberechnungen abgeleitet werden, wie dies im liberalistischen Wirtschaftssystem der Fall ist. Diese bewußte falsche Errechnungsart bestimmte auch weitgehend die Lohnpolitik und damit verhängte sich die Vertrauenskrise bei der qualifizierten Gefolgschaft immer mehr.

Die berufsamtlichen Geschäftsführer der Kreisgeschäftsstellen und die ehrenamtlichen Kreisvorsitzer gaben Berichte über ihre Tätigkeit im sozialen Ausgleich und über die Aufklärung und Schulung der Mitgliedschaften.

Am Mittelpunkt der Tagung in Karlsruhe stand ein Vortrag über „Neuordnung von Arbeit und Kapital“ des Verbandsleiters Pg. Kubach, der die Tage vorher im Rahmen der DAF in Lehr und Offenburg in großen öffentlichen Kundgebungen sprach. Der Vortrag war öffentlich und waren die Kollegen aus Mittelbaden sehr zahlreich anwesend. Kubach wählte Beispiele aus dem praktischen Betriebsleben, durchlebte sie in vollstimmiger Vortragsweise mit dem nationalsozialistischen Gedankengut und begeisterte damit die Kollegenschaft zu neuer Berufs- u. Arbeitsfreudigkeit. Einleitend sagte Kubach: Theorie ist das Gerüst, Praxis das Fundament und die Erfahrungen das Gebäude im Geschehen des täglichen Betriebslebens. Die Arbeitnehmererschaft sei in ihrer Vielheit gleichzeitig die größte Arbeitgebererschaft. Arbeit und Kapital sind aufeinander

der angewiesen. Die Kohle in der Erde, das Erz in der Grube, die Maschine in der Fabrik, das Land eines Bauern, alles ist Kapital, aber totes Kapital. Wert bekommt es erst durch den Menschen, der die Kohle gräbt, der das Erz vom Gestein befreit, der die Maschine bedient, der das Land pflügt und sät. Kapital wird erst wertvoll durch die Arbeit. Diese einfache Überlegung zeige, wie diese beiden Begriffe organisch zusammenhängen. Jeder Spatenstich, jeder Hammerschlag, jeder Hobelzug vollendet die wertschöpfende Harmonie dieser zwei Faktoren. Ohne Arbeit kein Kapital und ohne Kapital keine Arbeit! Diese volkswirtschaftliche Erkenntnis ist grundlegend für die gesamte nationalsozialistische Wirtschafts- und Staatsauffassung. Der Nationalsozialismus hat die segenspendende Kraft der Arbeit und damit auch die hohe Sendung und Würde des Arbeiters erkannt, der dem toten Material erst Form und Inhalt gibt. So verbindet sich mit dem Begriff Arbeit, der Begriff Mensch. Die seinem Wesen eigene Seele und Heiligkeit verpflichtet ihn aber zur Herrschaft und zur Verantwortung über die tote Sache, das Kapital, und damit über die Arbeit. Der frühere Herr-im-Hause-Standpunkt des Arbeitgebers werde ebenso wie der Marxismus überwunden. Allerdings dürfe man nicht in jedem Besitzer eines Unternehmens einen Ausbeuter erblicken. Die menschliche Arbeit stelle keine Ware dar, sie sei vielmehr das höchste Gut der Nation, deshalb soll man auch nicht von einem Arbeits- oder Stellenmarkt sprechen. Diese Ausdrucksweise erniedrige und verlege den Arbeitsmenschen in seinem persönlichen Selbstvertrauen. Jeder fremde Einfluß auf die Wirtschaft sei gefährlich. Erforderlich sei, daß deutsche Menschen über die deutsche Wirtschaft allein zu bestimmen hätten. Deutsche Arbeiten in aller Welt, deutsche Arbeit werde überall geschätzt und letzten Endes müsse das patriotische Dichtermotiv wahr werden: Es soll an deutschem Wesen die ganze Welt genesen.

Der Auf- und Ausbau der deutschen Wirtschaft im nationalsozialistischen Staate verpflichte alle gleich stark und der Werkmeister könne auch hier wieder seine Führereigenschaften beweisen auf dem Plage, auf den er gestellt ist. Sein Wahlspruch: „Einer für alle, alle für einen“ bekomme wieder neue und erhöhte Bedeutung. Mit einem „Heil Hitler“ schloß der Redner die mit großer Begeisterung und Beifall aufgenommenen, tiefempfindlichen Ausführungen.

Nach der Mittagspause gab der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet „Südwest“, Pg. Dr. Kimmich, einen kurzen Ueberblick über das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Nicht der Wortlaut, nicht das Neue im Gesetz ist das Entscheidende, viel wertvoller sei der bindende und verpflichtende Geist, der durch das Gesetz ausgelebt werde. Die Verwirklichung des Gesetzes bedinge eine tägliche Prüfung seiner selbst im Tun und Lassen als Führer und Gefolgschaft. Schon die Schaffung des Gesetzes bedeute etwas Großes, ein fundamentales Gesetzeswerk für die deutsche Wirtschaft, wie kein Gesetz zuvor, weil zum ersten Male der arbeitende Mensch ohne Ansehung seines Besitzes, seiner Stellung gleich groß und wertvoll über alles Wirtschaftsgeschehen gestellt werde. Dem Werkmeister als Mittelperson zwischen Führer und Gefolgschaft falle eine besonders wichtige Aufgabe zu. Anhand von praktischen Beispielen skizzierte der Redner die Ein- und Durchführungen des Gesetzes. Man fühlte, daß hier ein Mann spricht, der sich seiner Aufgabe bewußt ist und es als heilige Pflicht erachtet, jenen gerechten Ausgleich im Auftrage der Regierung zu schaffen, der notwendig ist, um Liebe, Kraft und Freude zur Arbeit zu erwecken und zu erhalten.

Unter dem Eindruck des Gehörten erlang lebhaft das Siegel auf den Reichspräsidenten, den Volkstanzler Adolf Hitler und als Abschluß der imponanten Tagung das Hoff-Bessels-Lied.

Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung

Hd. Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Gemäß § 14 des Gesetzes zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden, Angestellten und Inanspruchnahmen Versicherung vom 7. 12. 1933 wird als Ersatzzeit für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft diejenige Zeit angerechnet, während der ein Arbeitsloser versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung oder Krisenunterstützung erhält, sowie auch die, während der er aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt wird. Es handelt sich hier demnach um eine Schutzbestimmung zugunsten der Arbeitslosen, nicht etwa auch zugunsten sonstiger aus öffentlichen Mitteln Unterstützter. Die Arbeitslosigkeit gilt nur als Ersatzzeit für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft, nicht dagegen für die Erfüllung der Wartezeit. Ebenso wenig wird diese Ersatzzeit als Steigerungsbetrag bei der Rentenberechnung angerechnet. Da die Vorschriften des § 14 mit Wirkung vom 1. April 1933 in Kraft trat, so fallen unter diese Vorschrift alle Unterstützungszeiten vom 1. April 1933, dagegen werden frühere Zeiten der Arbeitslosigkeit, die vor dem 1. April 1933 liegen, nicht als Ersatzzeiten angerechnet. In der Zeit vom 1. April 1933 bis Ende 1933 hat der Arbeitslose, wenigstens der vom Arbeitsamt Unterstützte, einen doppelten Schutz, den der Anrechnung nach § 14, dann aber auch den nach § 129 WVG, der nach § 36 des Gesetzes vom 7. Dezember 1933 erst mit dem 1. Jan. 1934 wegfiel. Bis dahin bleibt die Verpflichtung der Arbeitsämter zur Markennachholung im Rahmen des § 129 WVG bestehen.

Engliederung des Einheitsverbandes deutscher Tanzlehrer in die Reichskulturkammer

Gemäß § 15 der Durchführungsbestimmungen zum Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 wurde der Einheitsverband deutscher Tanzlehrer e. V. laut Vertrag vom 29. Jan. 1934 nach ausdrücklicher Genehmigung des Herrn Präsidenten der Reichstheaterkammer dem deutschen Chorängerverband und Tänzerbund e. V. unter Gruppe III — Freie Tanzlehrer —, als selbständige „Fachschaft“ Tanzlehrer angegliedert. Anordnung des Verbandsleiters des Deutschen Chorängerverbandes und Tänzerbundes e. V., Carl Schönherr, Berlin W 62, Reichstr. 11.

Durch den Vertragsabschluss vom 29. Jan. 1934 bildet der Einheitsverband deutscher Tanzlehrer e. V. im Deutschen Chorängerverband und Tänzerbund e. V., Berlin, die für den Gesellschaftsstand im Sinne des Reichskulturkammergesetzes in Zukunft allein maßgebende Fachschaft.

Am Einernehmen mit dem Herrn Präsidenten der Reichstheaterkammer wird gemäß §§ 4-6 der „Ersten Verordnung“ zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. Nov. 1933 angeordnet, daß alle im deutschen Reich anwesenden, bezugsfähigen Tanzlehrer — soweit dies noch nicht geschehen ist — bis spätestens den 28. Februar 1934 bei dem Leiter der zuständigen Fachschaft, Pg. Heinrich Fischer, Berlin-Lankwitz, Langhofweg 3, sich anzumelden haben.

Die Anmeldungen sind gleichzeitig auch an den zuständigen Gauleiter des Einheitsverbandes deutscher Tanzlehrer e. V., Gau Baden, Herrn Jakob Heppes, Karlsruhe, Herrenstraße 25, zu richten.

Freiwirtschaftsband

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: In letzter Zeit haben verschiedene sich mit der sogenannten Schwundgeldtheorie befassenden Organisationen, insbesondere der „Kolomb“ und der „Freiwirtschaftsband“ auch in Baden Fuß zu fassen versucht. Da die Propaganda der sogenannten Schwundgeldtheorie der nationalsozialistischen Wirtschaftsauffassung widerspricht und die Bildung von freiwirtschaftlichen Vereinigungen in welchen derartige Ideen propagandistisch ausgemerzt werden, überdies die Gefahr einer Sammlung politisch unzuverlässiger Elemente mit sich bringt, hat sich der Herr Minister des Innern im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung veranlaßt gesehen, den „Kolomb“ und den „Freiwirtschaftsband“ einschließlich ihrer Unterorganisationen für den Bereich des Landes Baden zu verbieten.

Keine Aufhebung des Bürgerrechts

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt folgende Mitteilung des Ministers des Innern mit:

In der Frankfurter Zeitung und ebenso auch in einzelnen badischen Zeitungen sind völlig irreführende Nachrichten über die einschlägige Aufhebung des Bürgerrechts in den badischen Gemeinden verbreitet worden. Ihnen gegenüber ist festzustellen, daß Artikel II des Gesetzes vom 9. Januar 1934 zur Änderung einzelner Bestimmungen der badischen Gemeindeordnung lediglich die Möglichkeit schafft, auf das mit dem Bürgerrecht belastete Grundvermögen einer Gemeinde auch gegen den Willen der Gemeindeglieder und der Gemeinde dann zu greifen, wenn überwiegende öffentliche Interessen, namentlich also solche der Arbeitsbeschaffung, die anderweitige Verwendung dieses Gemeindevermögens erfordern. Von einer grundsätzlichen Aufhebung des Bürgerrechts, gleichwie denn von einer einschlägigen Aufhebung, enthält diese neue Gesetzesbestimmung nicht das geringste.

Ausschuß für Bauparwesen der Akademie für Deutsches Recht

Anlässlich der am 29. Januar stattgefundenen Ballversammlung der Akademie für Deutsches Recht, die unter dem Vorsitz des Reichsjustizsenators, Reichsjustizkommissar Dr. Franktag, wurde zum Vorsitzenden des bei der Akademie für Deutsches Recht gebildeten Ausschusses für Bauparwesen, Herr Justizminister Hanns Kerrl berufen. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Bauparwesen ist Oberbürgermeister Dr. Weidemann, Halle.

Damit ist die Führung des Ausschusses für Bauparwesen bei der Akademie für Deutsches Recht mit der Führung des Reichsverbandes deutscher Bauparwesen in einer Hand vereinigt, was zweifelsohne im Interesse des gesamten Bauparwesens liegt.

Die erste Arbeitstagung des Ausschusses für Bauparwesen bei der Akademie für Deutsches Recht wird voraussichtlich im Laufe des Monats März stattfinden.

Die Maßnahmen für die Schulnlassen

Günstige Unterbringungsaussichten.

Hd. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der besonders die Sorge für die Unterbringung der nicht zum Hochschulstudium zugelassenen Abiturienten übernommen hatte, unterrichtete am Dienstag die Presse in einer Konferenz über den Stand der bisher auf diesem Gebiet in die Wege geleiteten Maßnahmen. Nach den neuesten vorliegenden Berichten fast aller Landesarbeitsämter zeigt sich in der gesamten Wirtschaft ein großes Entgegenkommen, sodass die Aussichten als relativ günstig betrachtet werden können, obwohl von den insgesamt 40 000 Abiturienten rund 30 000, die keine Hochschulzulassung erhalten, nach der Entlassung dem Berufsleben zugeführt werden müssen. Man hat im ganzen Reich etwa 150 besondere Stützpunkte für die Berufsberatung der Abiturienten bei den Arbeitsämtern eingerichtet, die sich nun bemühen, geeignete Stellen in der Wirtschaft zu erhalten.

Die Berufsberatung, die grundsätzlich zum Aufgabenbereich der Reichsanstalt gehört, steht für den diesjährigen Ostertermin überhaupt vor sehr schwierigen Aufgaben. Neu ist die Sorge, die sie in diesem Umfang für die Abiturienten aufnehmen muß, während gleichzeitig die Zahl der Stornen zur Entlassung kommenden Volksschüler ganz erheblich gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Schätzungsweise werden diesmal doppelt so viel Volksschüler wie 1932 zur Entlassung kommen, und zwar 600 000 Knaben und 600 000 Mädchen. Dazu kommen dann insgesamt 40 000 Abiturienten und etwa 15 000 sonstige Abgänger, sodass sich eine Gesamtzahl von 1 255 000 ergibt. Die Reichsanstalt hat deshalb auch die Berufsberatung für die Volksschüler, die von 361 Berufsberatungsstellen bei den Arbeitsämtern im ganzen Reich wahrgenommen wird, in der letzten Zeit personell erheblich verstärkt. Auch hier sind die Aussichten nach den vorliegenden Berichten aus dem ganzen Reich angesichts der Größe der Aufgabe relativ sehr günstig. Einmal wird ein gewisser Hunderttag von vornherein durch das beabsichtigte Landjahr ausfallen, dann zeigt sich aber auch gegenüber dem vergangenen Jahr deutlich eine grundsätzliche andere Einstellung der Wirtschaft, die der Unterbringung günstig ist.

Erschwerte Einreise ins Saargebiet

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Nach einer Verordnung der Regierungskommission des Saargebiets ist die Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet nunmehr auch hinsichtlich solcher Personen erforderlich, die an geschlossenen Versammlungen teilnehmen oder die im Auftrag einer nichtsaarländischen Behörde oder der Leitung nichtsaarländischer Verbände, Vereinigungen oder Organisationen zwecks Ausübung einer Tätigkeit irgendwelcher Art an politischen, gewerkschaftlichen oder beruflichen Vereinigungen ins Saargebiet einreisen. Zuwiderhandlung gegen die Einreisebestimmungen ist mit Geld- oder Haftstrafe bedroht. Anträge auf Einreise genehmigung dürfen an die Regierungskommission des Saargebiets, Abt. des Innern (Verkehrswesen), Saarbrücken, rechtzeitig zu richten sein.

Bildung von Pflichtinnungen in Baden

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Nach dem Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks vom 29. November 1933 — Reichsgesetzblatt I Seite 1015 — hat der Neuaufbau des Handwerks auf der Grundlage allgemeiner Pflichtinnungen zu erfolgen. Der Grundsatz, daß künftig jeder Handwerker einer Innung angehören muß, ist bei der Durchführung der Errichtungsverfahren nunmehr unbedingt voranzutreiben. Die Errichtung von Pflichtinnungen ist in Baden eingeleitet, jedoch noch nicht in allen Landesteilen im erwünschten Maße gefördert. Es muß daher die Errichtung von Pflichtinnungen als Unterbau der neuen Handwerksregelung mit allem Nachdruck weiterbetrieben werden, besonders auch deshalb, weil Baden im Ausbau des Innungswesens gegenüber anderen Reichsteilen schon in der Vergangenheit zurückgeblieben war.

Der badische Finanz- und Wirtschaftsminister, Ministerpräsident Walter Köhler, hat in einem ergänzenden Erlass darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, von einer Abtätigung im Errichtungsverfahren überhaupt abzusehen, wenn der eingereichte Antrag bereits die Unterschriften oder Zustimmungserklärungen der Mehrheit der beteiligten Handwerker trägt. Gegebene Unterschriften behalten auch dann ihre Gültigkeit, wenn die Errichtung einer Pflichtinnung zunächst für einen größeren Bezirk vorgesehen war, der eingereichte Antrag sich aber auf einen kleineren Abtätigungsbezirk, als ursprünglich beabsichtigt, beschränkt. Die Handwerkskammer wird im Rahmen mit den Landeshandwerksverbänden einen Plan über den künftigen Aufbau des Innungswesens in Baden in den wichtigsten Gewerben aufstellen. Auf die beschleunigte Durchführung der Genehmigungsverfahren wird besonderer Wert gelegt.

Nationaler Kiß in Baden

Die Landesstelle Baden-Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Auf Grund des Gesetzes zum Schutz der nationalen Symbole mußten wieder um einige von badischen Firmen hergestellte Gegenstände als unzulässig verboten werden, u. a. ein in Singen hergestelltes Fahrradschloß, das mit einem Hakenkreuz versehen ist. Die Verwendung des Hakenkreuzes in den Farben schwarz-weiß-rot auf den Fahrradschlüsseln erfolgte lediglich zum Zweck der Geschäftsreklame für die Herstellerfirma. Auch ein in Mannheim hergestellter Spielzeugwägel, der mit einem Hakenkreuz versehen ist und gleichzeitig als Pfeife benutzt werden kann, fällt unter das Verbot. Dagegen wurden Photoalben mit Hakenkreuz in der von einer Lehrerfirma vorgelegten Art nicht beanstandet.

Eine spassige Geschichte

Hd. Kaiserslautern, 15. Febr. Ein spassiges Geschichtchen wird dem „F. Tageblatt“ aus einem Nachbardschreiben erzählt: Eine Mutter machte sich mit einem großen Hammer bewaffnet auf den Weg in die Dorfschule und wünschte die Lehrerin zu sprechen. Die Lehrerin wurde vor Schreck bis in die Haare verwurzelt, als sie diesen „unheimlichen Besuch“ erblckte. „Ich bin die Lehrerin. Was wünschen Sie denn von mir?“ Die Antwort der „bewaffneten“ Mutter lautete: „Was ich will, das werden Sie gleich sehen! Ich bin die Mutter Ihres Schülers Fritz Müller, der ständig mit zerrissenem Hosenboden von der Schule heimkommt!“ Die Mutter stürzte dann erregt in den Schulsaal und bemerkte: „Ich will bloß mal den Regel in der Schulbank hincinschlagen, auf dem mein Fuß sitzt und sich dauernd die Hufe verreiselt!“ Während hämmerte sie auf die Schulbank ein. Dankend und gleichzeitig erleichtert aufatmend drückte ihr die Lehrerin die Hand. Die Frau murmelte doch nur: „Dek werd' ich noch weiter besorge, die Rechnung werd' schon noch'm Vorjemecker geschickt!“



Das Sportabzeichen der SA.

Dieses Sportabzeichen für besondere tüchtige Leistungen auf dem Gebiet der Leibesübungen kann ebenso wie an aktive SA-Männer an Nichtangehörige der SA verliehen werden, wenn sie die sportlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllen.

Selbsturz auf der Schwarzwaldbahn

Hd. Billingen, 15. Febr. Ein Vorkommnis, das leicht schlimme Folgen hätte nach sich ziehen können, ereignete sich am Dienstag nachmittag auf der Schwarzwaldbahn. Kurz vor der Vorbeifahrt eines von Billingen kommenden Güterzuges löste sich oberhalb des Loshachtunnels bei Triberg ein etwa zentnerschweres Felsstück und stürzte auf das Geleise. Der Lokomotivführer konnte den Zug noch abbremsen, vermochte jedoch wegen der Kürze der Entfernungen nicht zu verhindern, daß die Lokomotive auf den Stein aufzufuhr, der unter sie zu liegen kam. Die Maschine wurde erheblich beschädigt. Nachdem das Hindernis mit großer Mühe entfernt war, konnte der Zug bis Laufach weiterfahren, wo die Lokomotive ausgewechselt werden mußte.

Baden

Amliche badische Dienstnachrichten. Bericht: Vermessungsrat Albert Dornung in Laß nach Vermessungsamt Mannheim. In den Anhalt: Straßenerbauermeister Franz Rejcher in Weersburg, Straßenwärter Gottlieb Fischer in Nelsheim, Schulbau-Oberinspektor Georg Diehm bei der Landwirtschaftsschule Augustenbergs.

Hd. Heber 430 000 freilebende Vögel sind im Laufe der Jahre mit Ringen der Vogelwarte Helgoland, meist durch freiwillige Mitarbeiter überall in Deutschland, auch in Baden, markiert worden, davon fast 53 000 allein auf der Insel Helgoland. Diese Leistung stellt die Vogelwarte Helgoland an die Spitze der europäischen Vögelwartezentralen. Jeder, der einen beringten Vogel findet und dies meldet, leistet der Wissenschaft einen großen Dienst. Ueber die Möglichkeit zur Mitarbeit kann man bei der Vogelwarte Helgoland Näheres erfahren.

Hd. Karlsruhe, 15. Febr. (Volkstrauertag.) Am Sonntag, den 25. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, veranstaltete der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge im großen Festhallaal eine Gedächtnisfeier, wobei der Führer des Bezirks Baden des Volksbundes, Oberregierungsrat Dr. Jierau, die Ansprache halten wird.

Hd. Karlsruhe, 15. Febr. (Von der Fridericiana.) Anstern Bericht über die Beichtigung der Techn. Hochschule durch die badischen Pressevertreter ist nachzutragen, daß die Führung durch das Elektrotechnische Institut, dessen Direktor, Prof. Dr. Richter, in liebenswürdiger Weise übernommen hatte.

Karlsruhe, 15. Febr. (Nachmachen.) Die Landesgewerbebank für Süddeutschland AG, Karlsruhe, hat beschlossen, sämtlichen Angestellten als eine einmalige Beihilfe zur Bekleidung des Festanzuges der Deutschen Arbeitsfront die Hälfte des Ankaufspreises zu bezahlen; die andere Hälfte wird von der Bank vorgelegt und ist durch monatliche Abzüge bis Ende 1934 zu tilgen.

Ernst Haedels hundertster Geburtstag

Geb. 16. Februar 1834 in Potsdam; gest. 9. August 1919 in Jena.

Am die Wende des Jahrhunderts machte ein damals neu erschienenen Buch großes Aufsehen in weiten Kreisen; es hieß „Welträtsel“, und sein Verfasser war Ernst Haedel, Professor in Jena. Was der „deutsche Darwin“ wie Haedel oft genannt wird, darin vorträgt und wie er die Welträtsel zu lösen versucht, das läßt sich nicht auszusagen, man muß es an der Quelle studieren. Die letzte mir bekannte deutsche Ausgabe von 1926 ist als 400. Tausend bezeichnet; außerdem ist das Werk in etwa 25 fremde Sprachen übersetzt. Ein gelehrtes Buch muß schon etwas Rechtes sein, um einen solchen Erfolg zu haben, auch wenn man annimmt, daß ein großer Teil der Leser dem Zug der Mode folgte, die um 1900 herum radikal gerichteten naturwissenschaftlichen Büchern besonders geneigt war.

Haedel war durch ein langes Leben voll reicher Studien, die sich überwiegend mit der Entwicklung der kleinsten Lebewesen befaßten, zu der Ueberzeugung gelangt, daß die gesamte Natur sowohl in ihren starren wie in den belebten Erscheinungsformen nach dem gleichen Bauplan gebildet und von den gleichen und einfachen Grundgesetzen regiert sei. In hohem Maße beschäftigte ihn die Ermittlung einer Stammesgeschichte der Tiere und Pflanzen. Das Ergebnis der darauf bezüglichen Arbeiten hat er in zahlreichen Schriften niedergelegt. Wir nennen die „Natürliche Schöpfungsgeschichte“ (etwa 15 Ueberlegungen) und „Anthropogenie oder Entwicklungsgeschichte des Menschen“, ferner „Lebenswunder“ und endlich „Monismus als Band zwischen Religion und Wissenschaft“.

Von besonderer belehrender Bedeutung waren für Haedel Studien über die Entwicklung der Lebewesen vom Ei bis zum fertig ausgebildeten Geschöpf. Schon vor Haedel hatten naturwissenschaftliche Forscher Beobachtungen über das embryonale Leben bei den verschiedenen Tierklassen angestellt. Sie kamen zu der Erkenntnis, daß die Embryonen einer Reihe von Stadien durchlaufen und daß die Entwicklungsformen der höher organisierten Geschöpfe niedriger stehenden Tieren in entscheidenden Punkten auffallend ähnlich sind.

So hat der Embryo des Hühners auf einer gewissen schon vorgedachten Stufe seines Gilebens deutliche Anlagen von Kiemen ähnlich denen des Haiisches, obgleich das junge Hühnchen nie-

Karlsruhe, 15. Febr. (Tagung.) Heute Freitag findet im badischen Landtag eine gemeinsame Tagung der NSD. und NS.-Hago statt, die die badischen Kreisführertrierszellenobleute mit den Kreisamtsleitern der NS.-Hago zusammenführen wird.

Karlsruhe, 15. Febr. (Autogestohlen.) Ein Forstheimer Reisevertreter mußte die unangenehme Entdeckung machen, daß sein auf dem Ludwigsplatz angestellter Personentransportwagen verschwunden war. Ein unbekannter Autodieb hatte sich mit dem Fahrzeug auf und davon gemacht.

Forstheim, 15. Febr. (Strafkammer.) Zwei Sittlichkeitsverbrecher, der 45 Jahre alte verwitwete Schneidermeister Willi Hingen von hier, gebürtig aus Sträßburg und die 34 Jahre alte geschiedene Frau Emilie Abele, wurden zu zwei Jahren bzw. sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte sind mehrfach vorbestraft.

Forstheim, 15. Febr. (Unfall.) Der 74jährige Manfred Raub sprang beim Mastentreiben auf der Straße in ein Personauto hinein und trug schwere Verletzungen davon.

Buchthal, 15. Febr. (Denkzettel.) Wegen schwerer Beschuldigungen gegen einen Gendarmeriebeamten verurteilte das Amtsgericht einen notorischen renitenten 55jährigen Gipsler aus Destringen zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis.

Abtadt, A. Buchthal, 15. Febr. (Unfall.) Der Landwirt Max Appel stürzte in der Scheune so unglücklich von der Tenne, daß er schwere Verletzungen erlitt und nach kurzer Zeit starb.

Mosbach, 15. Febr. (Betriebsunfall.) Ein bedauerenswerter Unglücksfall ereignete sich in Hochhausen a. M. Im Sägemehl Weber kam ein 16jähriger Junge aus Neuntirchen während der Arbeit auf noch ungeklärte Weise ein in Betrieb befindliches Maschine zu nahe. Er wurde von dieser erfaßt und auf der Stelle getötet.

Ziegelhausen, 15. Febr. (Autobrand.) Auf der Fahrt nach Heidelberg ging das Auto des Gastwirts Rad aus Waldbachbach infolge eines Vergaserbrandes in Flammen auf.

Appenweier, 15. Febr. (Bahnhofsumbau.) Durch Schaffung eines dritten Bahnsteiges im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsbahn wird hier Verbesserung der Betriebsverhältnisse und eine Erhöhung der Sicherheit der Einführung der Schnellzugslinie von Sträßburg—Kehl her in die Hauptbahnstrecke erreicht werden.

Bad Dürheim, 15. Febr. (Brand.) Nachmittags brach in der Scheune des Anwesens des Landwirts Ruppert Meher Feuer aus, das alsbald auch auf das Wohngebäude übergriff. Trotz der Hilfe der Motorpumpen von Billingen und Schwenningen brannte das ganze Anwesen, welches als der zweitgrößte Bauernhof von Bad Dürheim gilt, bis auf die Grundmauern nieder. Ein großer Teil des Inventars und das Vieh konnten gerettet werden. Das Feuer ist, wie man hört, beim Futterhauern durch Kurzschluß des Motors ausgebrochen.

Albbruck, 15. Febr. (Messerstecherei.) In der Nacht zum Dienstag gerieten in dem Ortsteil Riesenbach einige Arbeiter vom Kraftwerk Albbruck-Dogern in Streit, in dessen Verlauf es zu einer Messerstecherei kam. Dabei wurde ein verheirateter Arbeiter schwer verletzt; er wurde in bewußtlosem Zustand vom Platz getragen.

Kastatt, 15. Febr. (Soziale Tat.) Nachdem Professor Kraemer die Leitung des badischen Archivs und Heimatmuseums zu Gunsten eines erwerbslosen Volksgenossen abgegeben hat, wurde diese Kaufmann Karl Keintgen übertragen.

Sulzbach, A. Kastatt, 15. Febr. (Brand.) Mittwoch früh brach im Wohnhaus des Landwirts Philipp Metz Feuer aus, das sich auch auf das Wohngebäude ausdehnte und das ganze Anwesen in Schutt und Asche legte. Die Brandursache ist noch unbekannt.

Marlen b. Kehl, 15. Febr. (Sturz.) Auf der glatten vereisten Landstraße kam der 38 Jahre alte Knecht Wilhelm Bernert mit seinem Rad so unglücklich zu Fall, daß er in Wein brach.

Donauwörth, 15. Febr. (Unfall.) Beim Losbinden eines Farnen wurde der Farnwärter Rothmummel von dem Farnen derart an die Wand gedrückt, daß er einen Bedenbruch erlitt und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

mals durch Kiemen atmet, sondern diese Anlage wieder zurückbildet und schließlich mit Lungen zur Welt kommt. Aus einer ganzen Reihe ähnlicher Beobachtungen schloß man, daß die Embryonen in ihrer Entwicklung die charakteristischen Merkmale ihrer Stammesgeschichtlichen Vorfahren durchleben. Haedel faßte diese Erkenntnis in die Worte: „Die Entwicklung des Individuums ist die kurze und schnelle Recapitulation der Stammesentwicklung, bedingt durch die physiologischen Funktionen der Vererbung und Anpassung.“

Diese Hypothese, das „biogenetische Grundgesetz“ bildet im Urteil ihrer Beherrscher eine besonders starke Stütze der von Darwin veränderten und von Haedel verfochtenen Abstammungslehre. Haedels System von Beweisen und seine Folgerungen riefen eine äußerst lebhaft, ja heftige Diskussion hervor, die auch heute noch weitergeführt und nicht so leicht zur Ruhe kommen wird. Der Hauptvorwurf richtet sich gegen die Mechanisierung des Lebens an sich, die den göttlichen Ursprung unserer Seele angreife und die Ethik ins Wanken bringe. Dem gegenüber weisen Haedel und seine Anhänger darauf hin, daß gerade die natürliche Erlebung die höchsten Forderungen an das Pflichtgefühl jedes Einzelnen stelle, sich zur größtmöglichen Vollkommenheit durchzuringen, alles Gute und Edle in sich auszubilden, niedrige Leidenschaften dagegen bei sich selber zu bekämpfen, um der rassistischen Höherführung der Menschheit und des ganzen Volkes willen.

Auf zahlreichen Reisen, die ihn an alle europäischen Küsten und Meere, ferner nach Nordafrika, Syrien und Indien führten, schuf sich Ernst Haedel Gelegenheit, fremdartige Tier- und Pflanzenformen kennenzulernen und ganz besonders Licht in die Geheimnisse der mikroskopischen Lebewelt zu tragen. In einer Fülle von Schilderungen, Zeichnungen und Aquarienläßt er uns sein genaues Forzchen nacherleben, dessen Reiztum wir staunend bewundern. Hervorzuheben sind hier seine „Anatolischen Reisebriefe“, „Berg- und Seefahrten“ und sein künstlerisches Hauptwerk „Rumpfformen der Natur“.

Wenigen großen Führern der Wissenschaft ist es vergönnt, ihr Forschungsgebiet so tiefgehend zu befruchten, wie es bei Haedel der Fall ist; seine Lehren und Folgerungen greifen jedoch über den Kreis der Fachwissenschaft weit hinaus und erheben den Anspruch, die ganze Welt- und Lebensanschauung entscheidend zu bestimmen. Darum wird der weitere Kampf um Haedel weit mehr noch ein weltanschaulicher als ein rein fachwissenschaftlicher sein.

Danksagung.

Vom Grabe unseres nun in Gott ruhenden lieben, braven und herzensguten Sohnes

Walter Hagl

zurückgekehrt, sagen wir allen denen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten, unseren herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Lipps für die trostreiche Grabrede, wie auch seinen Mitschülern der Obertertia des Gymnasiums Durlach, seinen ehemaligen Schulkamraden der Volksschule und der Jugendabteilung des „F.C. Germania“ Durlach für ihre Kranzniederlegung. Nicht weniger danken wir dem Christl. Verein junger Männer für seine Ehrenbezeugung und Kranzniederlegung. Herzlich danken wir auch der Schwester Anna für ihre aufopfernde und liebevolle Pflege, wie auch den Schwestern des Stadt Krankenhauses Durlach und des Diakonissenhauses Karlsruhe-Rüppurr. Innigen Dank sagen wir nicht zuletzt allen denen, die ihn während seines langen Kranklagers durch Gesang und Liebesgaben erfreuten, sowie denjenigen, die uns in diesen Tagen schriftlich ihre Teilnahme bekundeten.

DURLACH-AUE, den 15. Februar 1934.

Die trauernden Hinterbliebenen.

„Er ist daheim! Sein Leben floß dahin wie muntres Wellenspiel
Von Sorge frei sein kurzes Leben schien,
nun ist er schon am Ziel!
Er hat in seiner Wallfahrt viel gelitten, doch war es nicht umsonst gestritten Er ist daheim!
Du bist daheim! Nimm hin den letzten Gruß
den Liebe geben kann.
Wohl ist es schwer, wenn man das Beste muß der Erd vertrauen an
Doch ist er uns ja nur vorausgegangen, will droben selig uns empfangen: Wo er daheim!“

Turnerbundplatz.

Sonntag, den 18. Februar, nachm. 3 Uhr

Gauligenspiel

Tv. Hokenheim - Turnerbund

Vorher untere Mannschaften.

Turnverein Durlach 1878 E. V.

Kommenden Sonntag, 18. Februar 1934, nachm. 3 Uhr

Tbd. Niederbühl - Tv. Durlach

in Niederbühl.

Abfahrt 1 Uhr am Traindenkmal.

Der Spielwart.

Hans-u. Grundbesitzerverein Durlach E. V.

Am Samstag, den 3. März 1934, abends 20¹⁵ Uhr findet in der „Blume“ in Durlach die

ordentliche Hauptversammlung

statt mit der Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Jahres- u. Rechnungsberichtes.
2. Entlastung des Vereinsführers und Rechners.
3. Neuwahl des Vereinsführers u. der Kassensprüfer.
4. Veränderung der Satzungen.
5. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge u. der Aufnahmegebühr.
6. Verschiedenes.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird ersucht.

Der Vereinsführer.

Obst- und Gartenbauverein Durlach.

Durch den Verein erfolgt in diesem Jahre eine eingehende Befichtigung der Obstbaumbestände durch erfahrene Fachleute. Am kommenden Samstag und Sonntag wird zunächst das Gebiet der Kuh durchgegangen.

Beginn: Samstag nachmittag 2 Uhr für die untere Kuh, Treffpunkt Tennisplatz.

Sonntag früh 9 Uhr für die obere Kuh, Treffpunkt oberer Kuhweg.

Wir fordern alle Gartenbesitzer auf, ob Mitglied oder Nichtmitglied, sich hieran zu beteiligen und sich in der genannten Zeit in ihren Gärten aufzuhalten.

Der Vereinsführer.



Sonntag, den 18. ds. Ms. 2.30 Uhr
In 2 Mannschaften
in
Beiertheim

V. f. R.

Sportplatz: Weingarterstraße.
Sonntag, den 18. Febr. 1934
nachmittags 3 Uhr

Deerbandspiel

gegen
D. J. R. R. He-Rüppurr I

1. Durlacher

Schwimmverein e. V.

Am Samstag, den 24. Februar
abends 9 Uhr, findet im Lokal zum „Lamm“ unsere

ordentliche Hauptversammlung

statt. Tagesordnung wird im Vorfeld bekanntgegeben. Anträge sind bis spätestens 21. ds. Ms. einzureichen.

Hierzu werden unsere Ehren- u. Mitglieder freundlichst eingeladen.
Der Vereinsführer



Sonntag, den 18. Februar
nachmittags 3/3 Uhr

Sp. Bg. D.-Aue I

gegen

Spinnerei-Ettlingen I

Vorher Schüler gegen Neurent Schüler.

Deute abend Spielerversammlung in der Blume.

Bringe morgen lebende

Rheinische

Bachische u. Geefische

auf den Wochenmarkt.

Berthold Reichert

23 Zimmerwohnung

mit Küche u. Zubehör auf 1. 3. zu vermieten.
Zu erfragen im Verlag.

An Alle!

Die Bestrebungen der Stadtverwaltung, den Fasching 1934 aus Gründen der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung in traditioneller Art und Weise hier in der Stadt Durlach zur Durchführung zu bringen, waren von vollem Erfolge. Es ist mir eine angenehme Pflicht, allen, die zu diesem Erfolge beigetragen haben, auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank zu sagen.

Zwei Stänkerer, die den Mut nicht aufbringen konnten, unter ihr im Durlacher Tageblatt vom 13. ds. Ms. erschienenen Gedicht „Stänkererwagen“ ihre Namen zu setzen, glaubten, mir als Dank für meine Arbeit einen Vermutstrophen in den Freudenbecher gießen zu können. Sie haben sich hierin getäuscht!

Die Deffentlichkeit soll nun aber auch die Persönlichkeit dieser beiden heldenmütigen Stänkerer kennen lernen; es sind dies die Herren

1. Hermann Krieger, Durlach, Schießstraße 3,
 2. Emil Köttle, Durlach, Turmbergstraße 19,
- welche die Redaktion des Durlacher Tageblattes durch lägenhafte Angaben und unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu bestimmen wußten, dieses Maulwurfsgericht zu bringen.

Für ihre Seldentat werden sie — und das verspreche ich auch ihren Mitfahrern — die verdiente Belohnung erhalten. Bis dahin überlasse ich sie getrost dem Urteil der anständig denkenden Durlacher Bevölkerung.

Durlach, den 16. Februar 1934.

Dr. Lingens, Bürgermeister.



Schwan

von Liesbeth viel erprobt,
wird von Liesbeth so gelobt.
Was an Schwan mir so gefällt?
Schwan spart Arbeit, Zeit und Geld!

Zum Einweichen, Waschen, Scheuern, Schrubben. Paket 24 Pfennig, Doppelpaket nur 44 Pfennig.

Volksmission.

Am Sonntag, den 18. Februar 1934, abends 7 Uhr im großen Saal des Gasthauses zur „Blume“ in Durlach

Dratorium:

„Die Sintflut“.

Veranstaltet von den gemischten Chören der Evangelischen Gemeinschaft des Bezirks Durlach; unter gütigster Mitwirkung von Hrl. Kaupert (Sopran) Durlach-Aue, Frau Gsell (Sopran) Bfrozheim, Herr Gsell (Tenor) Bfrozheim, Herr Weiger (Bass) Karlsruhe, Leitung: Herr A. Maßfeld, Durlach-Aue.

Eintritt 20 Pfg.

Kinder 10 Pfg.

Reparaturen an Uhren, Gold-waren nur bei A. SCHAFER

Grötzingen, im Seindhas Nr. 9

Eine schöne

Wohnung

mit 1 Zimmer u. Küche u. sonstigem Zubehör auf 1. März 1934 billig zu vermieten.

Bezirkswohnungsverband Bezirksamt - Karlsruhe.

3 Zimmerwohnung

(Türbachstr.) auf 1. 4. od. später zu vermieten. Angebote unter Nr. 116 an den Verlag erbeten

Wähl. Zimmer u. leeres Manjardenzimmer zu vermieten. Zu erfragen im Verlag

Garage

für Personenvagen zu vermieten. Zu erfragen im Verlag

Für die Konfirmation und Kommunion

Oberhemd Weite 33-35, weiß in bester Ausführung 1.50
2.90, 1.90

Unterhose ägypt. Maco Gr. 3 1.90 1.30

Socken schwarz, feine Wolle Paar 2.20 1.40

Mädchen-Hemd Träger mit Stickerei 1.90, 1.60 1.20

Mädchen-Rock Seidentricot mit passendem Schlußper Garnitur 5.90, 4.90 3.90

Damen-Strümpfe Florplattiert 1.45 - 95

Damen-Strümpfe künstliche feinstrichig Waschseide 1.65 1.20

Kofirmandentaschentücher Batist - 65 - 40

Taschentücher Maco mit Hohl- saum, praktische Geschenke 6 Stck. 1.28

Taschentücher für Knaben, gute Creton Qualität 40/40 cm 6 Stck. - 95

Das große Spezialgeschäft

Burchard

Adolf Hitlerstraße 56 a.



Das Wetter ist schuld!

so sagt mancher, Gehören Sie zu den Klugen! Nehmen Sie sofort

Kaiser's Brust-Caramellen.

Sie schützen vor Husten, Heiserkeit, Katarrh und sind ärztlich empfohlen. Kaufen Sie Ihrer Gesundheit wegen sofort!



Jetzt: Beutel 35 Pfg., Dose 40 u. 75 Pfg.

Zu haben bei: Jandt's Einhorn Apotheke H. Gartzien; Hirsch-Apotheke E. Gromann; Löwen-Apotheke Oscar Weil; Adler-Drogerie H. Hinkelmann; Blumen-Drogerie J. Schaefer; Central-Drog. P. Vogel;

Grötzingen: Löwen-Drogerie H. Joseph; Söllingen: Sonnen-Apotheke E. Bercher und wo Plakate sichtbar

Fahrrad-Anhänger, ballonbeständig, Stück 25.- M. zu verkaufen.

Meier, Blumenstraße 7.

Inferieren bringt Erfolge!

Blau

Arbeitsanzüge

prima Verarbeitung u. Qualität in allen Größen Mk. 5.90 u. 6.50

Blau

Arbeitschürzen

gute Qualität o. Arm. 1.75

Arbeits-Mäntel

die neuen Wopsweder modernen Formen bei

Damenschürzen

die neuen Wopsweder modernen Formen bei

H. Schmeißer

Adolf Hitlerstraße 28 am Schloßplatz.

Badisches Staatstheater

Freitag, 16. Februar

F 16) Freitagmiete

Deutsche Bühne Sonderring (Th.-Gem.) I. S. Gr.

Die kleine Frau Schmetterling

(Madame Butterfly)

Von Puccini Dirigent: Keilberth

Regie: Bruchsa. Mitwirkende: Habertorn, Schulz, Seibertlich

Burt, F. Kilian, E. Rivinius

F. Gröbinger, Kalnbach, Krieger

Löfer, Rentwig, F. Kilian

Anfang 20 Uhr Ende 22.45 Uhr

Preise C (0.80 - 4.50 M.)

Sa. 17. 2. Agnes Bernauer.

Suche auf Otern eine

Lebestelle

im Weisnähden oder Kleider-

machen oder als Verkäuferin.

Anfragen unter Nr. 117 an den Verlag.

Wohnung

3 Zimmer, evtl. mit Manjard

in nur gutem, ruhigen Hause

(Zumberglage) von einzelner

Lame (hoh. Weant. Ww.) ge-

sucht, 1. 4. oder später.

Angebote unter Nr. 115 an den Verlag.

Achtung!

beim Umziehen gibt es Keller-

u. Speichertam, welchen

Leo Weber, Kelterstraße 1

abholt; gleichzeitig empfehle ich mich für Stalle- u. Kellerwe-

beta, schnell, sauber und billig.

Verchiedene Möbel u. Einrich-

tungsgegenstände sowie Fär-

ter aus einem Nachlasse werden

am Samstag, 17. Febr. nach-

mittags von 3-6 Uhr dem Ver-

kaufe ausgesetzt, Verkaufsraum

Lammstraße 10.

Bauplatz

a. d. Kuhstr. sehr schön geleg. an

fert. Straße preiswert zu verk.

Ausht b. Friedr. Kempfner

Durlach-Aue, Luisenstr. 4.

Badisches Staatstheater Karlsruhe.

Gastspiel der Mailänder Scala

Samstag, den 3. März 1934

Rigoletto

Oper von Verdi

Preis 1.20 - 7.50 RMk.

Vorrechtsverkauf für Platzmieter mit 10%iger Preisermäßigung auf die Tagespreise am Samstag, den 17. Februar 1934, vormittags 9.30 - 13 Uhr und zwar 1. Vorrecht Mietabt. C von 9.30 - 10.30 Uhr, die Mietabteilungen A, B, D, E, F und G von 10.30 - 13 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf am gleichen Tage von 15.30 Uhr ab. Das Vorrecht der Inhaber von Platzsicherungen wird bei ganzen Heften auf 2 Plätze, bei halben Heften auf 1 Platz beschränkt, wobei der Preisunterschied zwischen den vorgeschriebenen Höchstpreisen (F-Preise) und den Tagespreisen aufzuzahlen ist. Die Aufzahlung beträgt je Abschnitt hiernach für I. Rang und Sperrsitz I. 1.20 RMk., Sperrsitz II. Abt. 0.90 RMk. und Sperrsitz III. 0.70 RMk.